



Stand der Welthandelsrunde (Doha Development Agenda - DDA): November 2005

1. Überblick

| | |
|---|--|
| Zusammenfassung: | Kurz vor der 6. WTO-Ministerkonferenz in Hongkong (13.-18.12.2005) befinden sich die Verhandlungen in der Endphase. Positiv macht sich die stärkere Rolle des neuen WTO-GD Lamy bemerkbar. Der Schlüssel für den Erfolg der Runde liegt unverändert bei Agrar. Nachdem die USA am 10.10. ein Angebot vorgelegt hatten, reagierte die EU bereits am 11.10. mit Gegenangebot, das schon am nächsten Tag erstmals ergänzt und am 28.10. im Bereich Agrarmarktzugang nochmals verbessert wurde. Frankreich, unterstützt von einer Reihe süd- und osteuropäischer EU-Mitgliedstaaten, stellt in Frage, ob sich das EU-Angebot noch im Rahmen des Mandats der Kommission bewegt. Das Gesamtangebot steht unter der ausdrücklichen Bedingung, dass die anderen WTO-Partner auch auf die offensiven EU-Interessen (insbes. Industriezölle, Dienstleistungen) eingehen. Auch wird u. a. die stärkere Disziplinierung der US-Agrarbeihilfen eingefordert. Den Schwellenländer Brasilien und Indien kommt nun besondere Verantwortung zu. Die Einbeziehung der im Agrarsektor protektionistischsten WTO-Partner um die Schweiz, Japan und Korea (sog. G10) ist keineswegs sicher. Bei den ärmsten WTO-MS (AKP, LDCs, Afrika – sog. G90), die von Marktöffnungsverpflichtungen ausgenommen werden, gibt es Widerstand wegen möglicher Folgen der Präferenzerosion infolge multilateraler Zollsenkungen und wegen spezifischer Sektorinteressen. Bei der Subventionierung der Baumwolle kommt es vor allem darauf an, dass die USA zu Einschnitten bereit sind. Erschwert wird die Lage durch die Ablehnung der Pläne der EU zur Neugestaltung des Einfuhrregimes für Bananen durch ein WTO-Schiedsgericht. |
| Trade Negotiations Committee (TNC) | Oberstes Verhandlungsgremium zwischen den Ministerkonferenzen ist das Trade Negotiations Committee (TNC), dem alle WTO-Mitglieder angehören. Vorsitzender ist WTO-Generaldirektor Lamy, der deutlich gemacht hat, dass er diesen Ausschuss wieder stärker in seiner Funktion als Lenkungsgremium der Runde nutzen will. Der Termin der nächsten Sitzung soll erst festgesetzt werden, wenn dies reale Verhandlungsfortschritte zulassen. Unterdessen schaltet sich Lamy unmittelbar in die Verhandlungen zwischen EU, USA, Brasilien, Indien und Australien (sog. FIPs) ein, weist aber zunehmend darauf hin, dass auch die übrigen WTO-Partner in diesen Prozess integriert werden müssen. |
| Nächste Termine | Verhandlungsgruppen: 01.11. Regeln (RTAs) 03.11. Dienstleistungen 07.11.-11.11. NAMA-Woche 08.11.+09.11. Handelserleichterungen 28.11. Streitschlichtung 28.11.-02.12. Regeln 01.12.+02.12. Allgemeiner Rat Arbeitsgruppen/Sonstiges: 07.11. EU Rat f. allg. Angelegenheiten u. Außenbez. (RAA) 11.11. 133er Ausschuss Mitglieder (EU) 21.11. informelles EU-Handelsministertreffen, Brüssel 22.11. EU Rat f. allg. Angelegenheiten u. Außenbez. (RAA) |

2. Stand der Verhandlungen zu Einzelthemen

| | |
|---------------------------|---|
| Agrarverhandlungen | <p>Unter dem wachsenden Zeitdruck, für Hongkong ein beschlussreifes Papier mit Modalitäten für alle drei Verhandlungssäulen (Marktzugang, interne Stützung, Exportwettbewerb) vorzulegen, hat die Verhandlungsdynamik unter dem neuen Vorsitz des neuseeländischen Botschafters Crawford Falconer deutlich zugenommen. In den letzten Wochen wurden zahlreiche Verhandlungsvorschläge zu allen Themen vorgelegt. Die EU hat am 28.10.05 ihren jüngsten Vorschlag unterbreitet, mit dem sie deutliche Zugeständnisse jetzt v.a. auch beim Marktzugang macht, allerdings konditioniert mit dem Entgegenkommen anderer WTO-Partner. Beim <i>Marktzugang</i> für Agrargüter als weiterhin schwierigstem Teil dient - wie im Juli in Dalian vereinbart - der Vorschlag der G20-Gruppe als Verhandlungsgrundlage. Eine Annäherung wurde insoweit erreicht, dass jetzt voraussichtlich 4 Zollkürzungsbänder vereinbart werden. Die Höhe der Zollkürzung sowie eine Höchstgrenze für Zölle werden noch verhandelt. Ebenso gehen die Meinungen bei der Festlegung sensibler Produkte noch weit auseinander; zwischen 1% der Tariflinien (USA, G20) und 8% (EU). Offen ist dort auch die Höhe der Zollkürzung und die Frage, ob sich die Erweiterung der Einfuhrkontingente am internen Verbrauch oder an den Importmengen orientieren soll. Laut Juli-Paket ist für den Zollabbau ein Bänderansatz zu vereinbaren, der höhere Zölle stärker kürzt, sensible Produkte berücksichtigt, jedoch auch für letztere den Marktzugang verbessert. Bei der handelsverzerrenden <i>internen Stützung</i> werden voraussichtlich drei Kürzungsbänder vereinbart. Hier soll ebenfalls ein Bänderansatz die höchsten Stützungs-niveaus am stärksten kürzen. Die EU ist bereit, im höchsten Band die stärkste Kürzung (70 %) vorzunehmen, gefolgt von Japan und USA (im zweiten Band). Ein produktspezifischer Abbau ist vorgesehen, die bisherige Freigrenze (de minimis) soll reduziert werden und im ersten Geltungsjahr des neuen Agrarübereinkommens soll ein 20%iger Stützungsabbau erfolgen. Zahlungen im Rahmen der weniger handelsverzerrenden sog. Blue Box sollen auf 5 % des durchschnittlichen landwirtschaftlichen Produktionswertes begrenzt werden, sind jedoch noch genauer zu bestimmen. Die vor allem im Interesse der USA vorgeschlagene erweiterte Blue Box-Definition muss sich klar von der am stärksten handelsverzerrenden Amber Box abgrenzen, um ein sog. Box-Shifting auszuschließen. Die Kriterien für die nicht bzw. kaum handelsverzerrende sog. Green Box sollen überarbeitet werden, wobei die Grundprinzipien erhalten und nicht handelsbezogene Anliegen u.a. des Verbraucher-, Umwelt- und Tierschutzes ausdrücklich einbezogen werden. Beim <i>Exportwettbewerb</i> steht der von der EU angebotene Abbau aller Exporterstattungen weiterhin unter dem Vorbehalt der parallelen Disziplinierung handelsverzerrender Exportkredite, wettbewerbsverzerrender Praktiken bei Staatshandelsunternehmen und nicht humanitärer Nahrungsmittelhilfe. Während bei Regeln für Exportkredite und gestaffeltem Auslaufen der Exporterstattungen Fortschritte erreicht wurden, gestaltet sich die Behandlung der einzuschränkenden staatlichen Sonderrechte und die Abgrenzung marktverzerrender kommerzieller Nahrungsmittelhilfen weiter schwierig. Sonderregeln für EL (geringere Abbaupflichtungen, längere Übergangsfristen, Bestimmung von speziellen Produkten für Ernährungssicherung und ländliche Entwicklung sowie einem besonderen Schutzmechanismus) sind ebenfalls zu konkretisieren. Am wenigsten entwickelte Länder (LDC) werden von allen Verpflichtungen ausgenommen und sollen in IL und EL, die sich dazu in der Lage sehen, freien Marktzugang erhalten. Der infolge der afrikanischen Baumwollinitiative gebildete Unterausschuss für Baumwolle hat am 28.10. seine 7. Sitzung durchgeführt. Trotz grundsätzlicher Einigkeit über diese vordringliche Sektorinitiative (Baumwolle produzierende Länder Afrikas fordern kurzfristige Beseitigung aller Baumwollsubventionen sowie freien Marktzugang für LDC und Nettoexporteure) konnten konkrete Fortschritte bisher nicht erzielt werden. Einvernehmen besteht insofern, dass das Thema nicht von den Agrarverhandlungen losgelöst werden kann. Die EU schlägt eine vorzeitige Umsetzung (Frontloading) vor.</p> |
| Dienstleistungen | Nach Ablauf der Frist im Mai 2005 liegen nunmehr Dienstleistungsangebote von ca. 70 WTO-Mitgliedern vor (EU als ein Mitglied gezählt), darunter ca. 25 überarbeitete Angebote. Angesichts der geringen Substanz vieler Ange- |

| | |
|---|---|
| | <p>bote ist der Verhandlungsfortschritt jedoch weiterhin nicht zufrieden stellend. Nachdem der bisherige Vorsitzende der Verhandlungsgruppe Dienstleistungen, Chile-Botschafter Jara, vom neuen WTO-Generaldirektor Lamy zu einem seiner Stellvertreter ernannt wurde, wird künftig MEX Botschafter de Mateo die Verhandlungen leiten. In der WTO wird zur Zeit darüber diskutiert, ob der traditionelle „request-offer“-Ansatz der GATS-Verhandlungen durch alternative Ansätze ergänzt werden soll (gewisse multilaterale „benchmarks“ – d. h. für alle geltende Vorgaben – und plurilaterale „benchmarks“ für wichtige Dienstleistungssektoren. Zur Zeit laufen in Genf Verhandlungen darüber, inwiefern diese komplementären Verhandlungsweisen in den Text eines Entwurfs für die Ministererklärung in Hongkong (Dezember 2005) einbezogen werden.</p> <p>Seit September 2004 fanden fünf Verhandlungsrunden (sog. Cluster) in Genf statt. EU hat ihre Forderungen an über 100 WTO-MS im Januar 2005 überarbeitet und – auch im Hinblick auf den unterschiedlichen Entwicklungsstand der Mitglieder - genauer fokussiert. Sie stellt keine Forderungen mehr zur Marktöffnung im Bereich Trinkwasser, wenn die Trinkwasserversorgung durch Ausschließlichkeitsrechte geregelt ist. Damit überlässt sie es den EL selbst, wie sie die Trinkwasserversorgung organisieren.</p> <p>Am 02.06.05 hat die EU ihr überarbeitetes Dienstleistungsangebot bei der WTO eingereicht und auf ihrer Homepage veröffentlicht. Das überarbeitete Angebot sieht weiterhin keine zusätzlichen Verpflichtungen in den für die EU sensiblen Bereichen Gesundheits-/Soziale Dienstleistungen, Trinkwasserverteilung, Ausbildungs- und audiovisuelle Dienstleistungen vor. Auch der Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge bleibt unangetastet. Die wesentliche inhaltliche Änderung im Vergleich zum Eingangsangebot aus 2003 besteht darin, dass die bestehenden Verpflichtungen der zehn neuen EU-Mitglieder in das EU-Angebot integriert und das Niveau ihrer Verpflichtungen teilweise auf den Durchschnitt der EU15 angehoben wird. Darüber hinaus werden einige punktuelle Öffnungen vorgeschlagen (grenzüberschreitende Umweltberatung; bergbaubezogene Hilfsdienstleistungen; Ausdehnung des vorübergehenden Aufenthalts von angestellten auch auf selbstständige Rechtsanwälte, die jedoch nur im Völkerrecht bzw. in dem Recht ihres Heimatlandes beraten dürfen; Investitionen ausländischer Anbieter im Bereich Wellness-Dienstleistungen, Kosmetik, Frisöre). Im übrigen bleibt das Eingangsangebot aus 2003 bestehen.</p> <p>Sektorale Verpflichtungen werden insbesondere für Post-/Kurier- und Transport-DL vorgeschlagen. Ferner werden moderate Ausweitungen vorgeschlagen für DL-Erbringung durch natürliche Personen (GATS-Modus-4): insbesondere Anhebung der Höchstaufenthaltsdauer (jeweils modifiziert für Kategorien Manager, Spezialisten, Geschäftsbesucher, vertragliche DL-Erbringer), neue Modus-4-Angebote für die neu aufgenommene Unterkategorie „innerbetrieblich versetzte Auszubildende“ und „independent professionals“ sowie sektorale Ausweitung der bereits für „vertragliche DL-Erbringer“ bestehenden Verpflichtungen auf 6 weitere Sektoren (z. B. Architekten, Ingenieure, Computer-DL). Insgesamt beziehen sich die Verpflichtungen lediglich auf hochqualifizierte Personen. Die Entscheidung, ob die geforderten Berufsqualifikationen vorliegen, bleibt in nationaler Zuständigkeit. Zum Schutz der nationalen Arbeitsmärkte sollen bei den „vertraglichen Dienstleistungserbringern“ numerische Obergrenzen vorgesehen werden, deren Einzelheiten noch festgelegt werden müssen.</p> |
| <p>Marktzugang für Nicht-Agrarprodukte (Non Agricultural Market Access – NAMA)</p> | <p>Nach den Fortschritten bei den Agrarverhandlungen müssen die nach wie vor im Rückstand befindlichen NAMA-Verhandlungen weiter aufholen. EU und andere an Zollsenkungen für gewerbliche Güter interessierte WTO-Mitglieder fordern, dass diese Verhandlungen nunmehr oberste Priorität haben, damit auf der Ministerkonferenz in Hongkong konkrete Ergebnisse beschlossen werden können. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen hat EUK ihr jüngstes erweitertes Agrarangebot ausdrücklich von bestimmten Voraussetzungen bei den NAMA-Verhandlungen abhängig gemacht.</p> <p>Mit der Einigung auf das Juli-Paket 2004 wurde der seinerzeit in Cancún erzielte Verhandlungstand unverändert übernommen. Seitdem wurden die Verhandlungen zu den Kernelementen Zollsenkungs-Formel, Behandlung der ungebundenen Zölle, Flexibilität für EL (S&D), Teilnahme an Sektorverhandlungen, „Präferenzerosion“ und nichttarifäre Handelshemmnisse (NTB) wieder aufgenommen und fortgeführt.</p> |

| | |
|---|--|
| | <p>Kern der Modalitäten ist die Formel für Zollsenkungen. Auch wenn vor der Sommerpause 2005 noch kein Durchbruch hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung einer Zollsenkungsformel erzielt werden konnte, ist es gelungen, sich weitgehend auf eine „einfache Schweizer Formel“ zu verständigen, d.h. eine Progressionsformel, mit der hohe Zölle stärker gesenkt werden als niedrige. Die vor Cancún vom Vorsitzenden der Verhandlungsgruppe (Schweizer Botschafter Girard) entwickelte relativ komplizierte Formel, die sich am Durchschnittszollsatz des jeweiligen Landes orientiert, wurde zuletzt nur noch von Argentinien, Brasilien und Indien sowie einigen karibischen Ländern unterstützt, hat aber z.B. für Brasilien nur noch verhandlungstaktischen Wert (abhängig von erfolgreichen Agrarverhandlungen). EU fordert einen Höchstzollsatz von 10% für Industrieländer und von max. 15% vor allem für die fortgeschrittenen Entwicklungsländer. Fortschritte bei diesen zahlenbasierten Verhandlungen werden jedoch sehr schwierig werden. Für die Behandlung der in der WTO noch nicht gebundenen Zölle insbesondere in den südostasiatischen Ländern scheint sich eine Lösung abzuzeichnen. Ein Schwerpunkt der Verhandlungen bis Hongkong wird darin bestehen, eine angemessene Lösung für die erforderliche Sonderbehandlung der EL, insbesondere unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Gegebenheiten in den einzelnen EL, zu finden.</p> <p>Die Diskussion über Sektorverhandlungen verschob die Akzente mehr auf eine freiwillige Beteiligung an eventuellen plurilateralen Sektorabkommen. Insbesondere USA und Kanada sind damit den EL, die verbindliche Zollverhandlungen in Sektoren einheitlich abgelehnt hatten, entgegengekommen. Ein Problem in diesen Verhandlungen wird sein, für weitergehende Zollverhandlungen nicht nur einen Konsens für eine bestimmte Branche zu erzielen, sondern auch auf „freiwilliger“ Basis eine ausreichende Beteiligung sicherzustellen. EU besteht unverändert auf Verbindlichkeit der Sektorverhandlungen u.a. für den Bereich Textil und Bekleidung.</p> <p>Die Diskussion über nichttarifäre Handelshemmnisse (NTB) kommt weiterhin nur mühsam voran. Dabei besteht weitgehend Einvernehmen, bereits in WTO-Abkommen geregelte NTB nicht zu behandeln. EU schlägt in diesem Kontext den Abbau von Exportsteuern vor. Für viele afrikanische EL ist vor allem eine Lösung der sog. Präferenzerosion von besonderer Bedeutung.</p> <p>Die Behandlung der Elemente Formel, Flexibilitäten und ungebundene Zölle soll in integrierter Form fortgesetzt werden.</p> |
| <p>Rules (Antidumping, Subventionen, einschl. Fischereisubventionen, Regionalabkommen)</p> | <p>Die Verhandlungen zum Thema Rules kommen trotz steigender politischer Aufmerksamkeit nur langsam voran. Dementsprechend zurückhaltend ist der Ende Juli 2005 vorgelegte Fortschrittsbericht des Vorsitzenden ausgefallen. Dennoch versucht eine Mehrheit der Staaten, angeführt durch die EU, die Verhandlungen zu beschleunigen und den hier behandelten Sachbereich auf eine Ebene mit dem Verhandlungsfortschritt in den übrigen Bereichen, insbesondere Agrar und NAMA, zu stellen.</p> <p>Im Bereich <i>Antidumping (AD)</i> wird über eine Vielzahl von Änderungen des AD-Abkommens verhandelt. Die Diskussion wird beherrscht von Vorschlägen der sog. „friends“, einer informellen, zunehmend uneinigen, Gruppe von ca. 15 Staaten (u.a. Japan, Korea, Chile, Schweiz), die durch striktere Regeln den Missbrauch von AD-Maßnahmen einschränken und internationale Disziplin bei deren Anwendung verbessern wollen. Ihnen gegenüber stehen die USA, die angesichts der restriktiven Haltung des US-Kongresses Änderungen des AD-Abkommens weitgehend ablehnen (ablehnend u.a. auch Ägypten). Inzwischen hat sich nicht zuletzt durch Initiative der EU eine sog. „middle-group“ (Australien, Neuseeland, Kanada, Brasilien, Türkei, Mexiko, EU) etabliert. Geringe Flexibilität radikaler „friends“ sowie der USA hat jedoch bisher eine Annäherung der Standpunkte verhindert. Wichtige Themen aus EU-Sicht sind u.a.: a) Reviews (insbesondere Sunset-Reviews) und damit Fragen zur Fortführung bestehender Maßnahmen, b) Transparenz über die Anwendungspraxis anderer Staaten, c) eine verbindliche „lesser duty rule“, also die Begrenzung der Dumpingzölle auf den festgestellten Schaden für die inländische Industrie, falls dieser niedriger ist als die festgestellte Dumpingmarge. Ebenfalls ohne Einigung blieb die facettenreiche Diskussion um den Schadensbegriff im Sinne des AD-Abkommens. Im Vorfeld der Ministerkonferenz in Hongkong wird eine Eingrenzung der Verhandlungsthemen und die Aufstellung eines Verhandlungsfahrplans angestrebt. Mit konkreten Ergebnissen ist aber nicht vor Mitte 2006 zu rechnen. Bei den <i>Subventionen</i> sind die Verhandlungspositionen deutlicher erkenn-</p> |

| | |
|---|--|
| | <p>bar und weniger kontrovers. EU hatte seinerzeit mit Vorschlägen für verbesserte und v.a. uneingeschränkte Subventionsdisziplin starke Beachtung gefunden. Konfliktfelder bestehen u.a. beim Thema Exportkredite (Brasilien), bei de-facto exportorientierten Beihilfen (Australien) sowie beim Bestreben vieler EL nach möglichst weitgehenden Sonderregeln und Ausnahmen von der Subventionsdisziplin. Im Rahmen der intensiven Diskussion über spezielle Regelungen für <u>Fischereisubventionen</u> hat die EU mit ihrem Vorstoß für mehr Transparenz (Notifizierungspflichten) und Disziplin (Rückzahlungspflichten) große Zustimmung erfahren. Die für diesen Sektor angestrebte technische Definition erlaubter („green box“) bzw. verbotener („red box“) Beihilfen ist kaum vorangekommen. Während die sog. „Freunde des Fisches“ (u.a. USA, Neuseeland) ein grundsätzliches Verbot befürworten, verfolgen insbesondere Japan, Taiwan und Korea einen Ansatz, wonach Fischereisubventionen vorbehaltlich bestimmter Ausnahmen erlaubt sein sollten. Die EU strebt Kompromiss an, der Subventionen verbietet, die zu einer Erhöhung der Fischereikapazitäten führen.</p> <p>Die Klärung der WTO-Regeln über <u>Regionalabkommen</u> hat wegen deren zunehmender Verbreitung an Bedeutung gewonnen. Im Mittelpunkt der aktuellen Diskussion steht Art. XXIV Abs. 8 GATT, wonach annähernd der gesamte Handel („substantially all trade“) von dem Freihandelsabkommen erfasst sein muss. Umstritten ist u.a., ob hierbei allein quantitative (Australien) oder auch qualitative Kriterien (so v.a. die EU) maßgeblich sind. Weitere Ziele der EU sind größere Flexibilitäten für EL in Nord-Süd-Abkommen sowie mehr Transparenz. EL fordern teilweise völlige Handlungsfreiheit.</p> |
| <p>Handelserleichterungen (Bürokratieabbau in den Zollverfahren)</p> | <p>Nach dem Verzicht der EU auf die drei sog. Singapur-Themen Investitionen, Wettbewerb und Transparenz im öffentlichen Auftragswesen konnte im Juli-Paket 2004 die Aufnahme multilateraler Verhandlungen zur Reform der weltweiten Zollverfahren vereinbart werden. Ziel sind transparentere, klare und effektive Zollverfahren (vgl. a. Artikel V, VIII und X des GATT). Die deutsche Wirtschaft hat hieran großes Interesse, da die Kosten für das Zollverfahren im internationalen Handel etwa ca. 5 – 10 % des Warenwerts ausmachen und damit vielfach höher sind, als die noch bestehenden Zölle. Aus Sicht der Bundesregierung unbefriedigend ist, dass in die im Juli 2004 beschlossenen Verhandlungsmodalitäten eine Vielzahl von Vorbehaltsklauseln aufgenommen wurde, weil viele EL befürchteten, ein neues Abkommen könnte sie finanziell und administrativ überfordern. Die EU wird sich weiterhin bemühen, noch skeptische EL davon zu überzeugen, dass Handelserleichterung auch in ihrem Interesse liegt. Nach bisherigen Erfahrungen können transparentere und effizientere Einfuhrverfahren die für den Staatshaushalt vieler EL wichtigen Zolleinkünfte sogar erheblich erhöhen. EU hat Vorschläge zu GATT Art. X (Veröffentlichung/Anwendung von Handelsvorschriften), zu Art. V GATT (Transit) sowie zu Art. VIII (Gebühren/Abgaben) eingebracht. EU strebt ein separates Abkommen an, in dem wesentliche Grundsätze und Prinzipien für den Handel vereinfachende Zollverfahren festgehalten werden, das aber auch in ausreichendem Maße die besonderen Verhältnisse in den einzelnen EL berücksichtigt. Ein zukünftiges Abkommen sollte auch dem WTO-Streitschlichtungsverfahren (DSU) unterliegen, um den Regeln ausreichende Verbindlichkeit zu geben. Positiv ist in den letzten Monaten die intensivere Beteiligung der EL am Verhandlungsprozess, u.a. mit eigenen Vorschlägen. Für Hongkong soll nunmehr ein positiver Bericht des Vorsitzenden inklusive einer indikativen Liste vorgelegt werden. Grundlage dafür soll die weitere Zusammenfassung der etwa 40 Beiträge der WTO-MS (aus TN/TF/43/Rev. 4) sein. Weitere textbasierten Verhandlungen werden für 2006 angestrebt.</p> |
| <p>Umwelt</p> | <p>Von den drei Verhandlungsbereichen Verhältnis multilateraler Umweltabkommen (MEAs) - WTO-Vorschriften, Informationsaustausch zwischen MEAs und WTO und Handelspräferenzen für umweltfreundliche Güter und Dienstleistungen liegt der Schwerpunkt derzeit beim Thema umweltfreundliche Güter. Inzwischen haben mehrere WTO-MS - auch die EU - Listen mit Umweltgütern vorgelegt, die sie im internationalen Handel privilegieren würden. Für zahlreiche Produkte wurde der Umweltbezug in informellen technischen Sitzungen genauer untersucht. Daneben gibt es einen insbesondere von Indien propagierten Ansatz, Umweltgüter nur in Einzelfällen, im Rahmen national definierter „Umweltprojekte“ zu privilegieren. Die Mehrheit der EL ist noch unentschieden, welchen Ansatz sie bevorzugen soll. Möglicherweise könnte ein Kompromiss in einer Kombination der Vorschlä-</p> |

| | |
|---|---|
| | <p>ge liegen. Einigkeit besteht, dass die Ministererklärung von Hongkong eine positive Aussage zum Thema Handel und Umwelt und einen Auftrag zur Intensivierung der Arbeiten enthalten soll. Dabei sollte auch deutlich werden, dass der Umweltaspekt bzw. nachhaltige Entwicklung bei der Liberalisierung im Vordergrund stehen soll. Noch unklar ist, ob es der EU gelingen wird, eine Verbindung zu den Industriezollverhandlungen (NAMA) sowie eine eindeutige Frist zum Abschluss der Verhandlungen einzubringen.</p> |
| Soziales | <p>Bisher wurde der Versuch, soziale Fragen in der WTO zu behandeln, von der überwiegenden Mehrzahl der WTO-MS, v.a. der Entwicklungs- und Schwellenländer, als Einmischung in innere Angelegenheiten und versteckten Protektionismus zurückgewiesen. Gleichwohl enthält die WTO-Ministererklärung von Doha einen Hinweis auf die aktuellen Arbeiten der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) zur sozialen Dimension der Globalisierung. Diese Arbeiten haben mit der Veröffentlichung des Berichtes der IAO-Weltkommission im Februar 2004 einen ersten Abschluss erfahren. Die Bundesregierung hat ein Positionspapier zu diesem Bericht erarbeitet. Der EU-Ministerrat hat Anfang März 2005 Ratsschlussfolgerungen verabschiedet, in denen er die Bedeutung der sozialen Dimension der Globalisierung unterstreicht.</p> <p>Bei der nachhaltigen Gestaltung der Globalisierung ist die Einbindung aller maßgeblichen internationalen Institutionen, darunter die IAO, von großer Bedeutung. Auch die Weltkommission hat dies hervorgehoben. Die Bundesregierung hält daher an dem Ziel fest, ein institutionalisiertes „Standing Forum“, bestehend aus WTO, IAO, UNCTAD, Weltbank, IWF und ggf. anderen internationalen Akteuren einzurichten.</p> |
| Sonderbehandlung von Entwicklungsländern (Special and differential treatment – S+D) | <p>Ein wichtiger Verhandlungsauftrag der DDA ist die Überprüfung der S+D-Bestimmungen mit dem Ziel, diese zu stärken sowie präziser und operativer zu fassen. Trotz andauernder Bemühungen und mehrerer Fristsetzungen konnten bislang keine konkreten Ergebnisse erzielt werden. EL und IL vertreten unterschiedliche Verhandlungsansätze. EL haben schon vor Cancún eine Liste mit 88 S+D-Normen vorgelegt, die nach ihrer Auffassung geändert werden sollten. IL verlangen dagegen, auch über zugrunde liegende Querschnittsfragen (Monitoring bestehender S+D-Regeln, Kriterien für EL, Instrumente) zu sprechen. Dies wurde von EL bislang vehement abgelehnt, da sie eine Diskussion über die Unterschiedlichkeit der Situationen und Bedürfnisse der EL und die daraus folgende Notwendigkeit einer stärkeren Differenzierung innerhalb der EL vermeiden wollen. Auch wenn unter EL hierzu zunehmend unterschiedliche Meinungen vertreten werden, blieb die Differenzierungsfrage bislang zurückgestellt. Zuletzt konzentrierten sich die Arbeiten auf die von LDC vorgelegten Einzelvorschläge und die Vorschläge. Hinsichtlich dieser 5 LDC-Vorschläge sowie der 28 Vorschläge, über die schon vor Cancún grundsätzliches Einvernehmen erzielt wurde; wird eine Einigung in Hongkong als möglich angesehen. Dies wird auch von der EU in Ihrem letzten Verhandlungsangebot vom 28. Oktober so gefordert.</p> |
| Implementierung | <p>Teil der Doha-Agenda sind auch die Schwierigkeiten vieler EL bei der Umsetzung (Implementierung) der Vereinbarungen der Uruguay-Runde. Zu den Implementierungsanliegen zählt auch die Forderung nach Erweiterung des Schutzes für geographische Herkunftsangaben auf andere Produkte als Wein und Spirituosen (gemeinsames Interesse von EU und einigen EL, Ablehnung durch Australien, Kanada, Chile, USA). Diskussion wird dadurch erschwert, dass EL ihre Anliegen teilweise gleichzeitig in mehreren Gremien geltend machen. Bislang konnten einzelne Teilerfolge bei Anti-Dumping-Regeln (mehr Transparenz und Rechtsklarheit zugunsten EL), zum Übereinkommen über sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen (SPS; Empfehlungen zum Notifizierungsverfahren) und beim Subventionskodex (Verlängerung der Übergangsfristen beim Abbau von Exportsubventionen für nicht-landwirtschaftliche Produkte) erzielt werden. Die Konsultationen werden in den betroffenen Verhandlungsgruppen fortgesetzt. Wie auch bei S+D dürfte mit konkreten Ergebnissen erst gegen Ende der Doha-Runde zu rechnen sein.</p> |
| TRIPS: - Öffentliche Gesundheit und Zugang zu Medikamenten; - biologische Vielfalt | <p>Entsprechend dem Auftrag von Doha konnte kurz vor Cancún am 30.08.2003 eine grundsätzliche Lösung für sog. „grenzüberschreitende Zwangslizenzen“ vereinbart werden, die vom damaligen Fehlschlag der Konferenz nicht betroffen war. Die zunächst als Ausnahmeregelung („waiver“) zu Art. 31 f TRIPS konzipierte Regelung basiert auf dem bereits Ende 2002 vorgeschlagenen Modell, das damals jedoch von den USA abgelehnt</p> |

| | |
|--|---|
| | <p>wurde. Es enthält Kautelen gegen missbräuchliche Anwendung (Schutz vor Reimporten, Notifizierungspflichten, jährliche Überprüfung, opt-out-Erklärungen zur Nichtinanspruchnahme des Instruments), die in einer ergänzenden und von allen WTO-Mitgliedern akzeptierten Erklärung des Vorsitzenden des Allgemeinen Rats bekräftigt werden. Ursprünglich war vorgesehen, die Regelung bis Mitte 2004 formell in das TRIPS-Übereinkommens zu integrieren. Wegen divergierender Vorstellungen konnte eine TRIPS-Änderung bislang jedoch nicht vereinbart werden. Die Gespräche werden jedoch fortgesetzt. EU-KOM hat inzwischen einen Vorschlag für eine Verordnung zur Umsetzung der in 2003 gefundenen Kompromisslösung in der EU vorgelegt, der derzeit beraten wird. Die EU spricht sich für einen Kompromissvorschlag zur Änderung des TRIPS-Abkommens (unter Wiederholung der o.a. Erklärung des Vorsitzenden in einer Sitzung des Allgemeinen Rates) aus.</p> <p>Zum Verhältnis TRIPS – Konvention für biologische Vielfalt (CBD) hat EU Mitte Sep. 2002 ein umfangreiches Reflexionspapier mit EL-freundlichen Positionen vorgelegt. Sie bewertet darin TRIPS und CBD als nicht gegensätzliche, sondern sich ergänzende Abkommen („mutually supportive“). EU bekräftigt zur „Biopiraterie-Bekämpfung“ Verhandlungsbereitschaft für multilaterales System (außerhalb TRIPS) für obligatorische und sanktionsbewehrte Herkunftsangaben für biologische Ressourcen/traditionelles Wissen, die in Patenten verwertet werden. Diese Sanktionen sollen jedoch außerhalb des Patentrechts liegen. Bislang zeichnet sich keine Lösung ab.</p> |
| <p>TRIPS (geographische Herkunftsangaben)</p> | <p>Die von Art. 23.4 TRIPS vorgegebenen Verhandlungen zur Errichtung eines multilateralen Systems zur Notifikation und Eintragung geografischer Angaben für Weine/Spirituosen haben bislang nur wenig Fortschritte gemacht. Dies gilt auch für die Beratung zur Ausweitung des erhöhten Schutzes geografischer Angaben auf andere Produkte als Weine und Spirituosen. Zur Konzeption und rechtlichen Tragweite des Registerschutzes werden unverändert konträre Lösungsmodelle diskutiert. EU hat inzwischen Flexibilität signalisiert. Die Konsultationen in Genf zeigen, dass Fortschritte nur sehr schwer möglich sein werden.</p> |
| <p>Reform des Streitschlichtungsmechanismus (DSU)</p> | <p>Der WTO-Streitschlichtungsmechanismus (DSU) gilt als eines der Herzstücke des multilateralen Handelssystems. Dementsprechend wird die Reformdiskussion vom Bemühen geprägt, die Funktionsfähigkeit nicht zu gefährden. Nachdem der von der EU favorisierte Versuch einer breit angelegten DSU-Reform auf Grundlage des sog. Balas-Textes gescheitert ist, konzentrieren sich die Verhandlungen nun auf eine begrenzte Anzahl von Einzelfragen. Zwar ist die DSU-Reform nicht Teil des sog. Single-Undertaking, jedoch besteht ein faktischer und politischer Verbund mit den übrigen Teilen der DDA. Ziel ist es daher, bis zur Ministerkonferenz in Hongkong auch im Bereich DSU einen ersten Textentwurf vorzulegen.</p> <p>Wichtigstes Anliegen der EU ist Erstellung eines Verzeichnisses („roster“) mit 20 ständig verfügbaren, hochqualifizierten Schiedsrichtern, um die Einsetzung der Panel zu beschleunigen. Ferner sollen Sanktionen nur noch nach der förmlichen Überprüfung, ob eine Entscheidung ordnungsgemäß umgesetzt wurde, verhängt werden dürfen (sog. „sequencing“- bzw. ähnlich gelagerte „post retaliation“-Problematik). Ob sich diese Ziele durchsetzen lassen, ist angesichts Kritik mehrerer Mitglieder offen (u.a. wirft sog. „Gruppe der 7“ - Argentinien, Brasilien, Kanada, Indien, Neuseeland, Norwegen, Mexiko - der EU vor, die Vorschläge zum „sequencing“ seien zu starr, um die angestrebten Verbesserungen zu erreichen).</p> <p>Weitere Verhandlungsthemen: Stärkung der Rechte von Drittparteien, kürzere Verfahrensfristen und die Möglichkeit einer Zurückverweisung des Appellate Body an das erstinstanzliche Panel. USA stehen einer DSU-Reform zurückhaltend gegenüber. Sie haben verbesserte Transparenz (Internetübertragung der Panelsitzungen) sowie Schaffung von Auslegungsrichtlinien für die Streitschlichtungsorgane angeregt. EL fordern mehr technische Hilfe und umfassende Sonderregelungen (Special and Differential Treatment - S&D), um die Streitschlichtung besser nutzen zu können.</p> |
| <p>Doha Development Agenda Global Trust Fund</p> | <p>In Doha haben sich IL verpflichtet, zusätzliche Mittel für technische Unterstützung und Kapazitätsaufbau in EL zur Verfügung zu stellen. EL machen geltend, dass verstärkte Unterstützungsmaßnahmen Voraussetzung für substanzielle Verhandlungen sind. Zur Finanzierung der auch von der Bundesregierung als legitim anerkannten Forderung vermehrter handelsbezogener technischer Zusammenarbeit der WTO wurde Ende 2001, außerhalb</p> |

des regulären WTO-Budgets, der „Doha Development Agenda Global Trust Fund“ (DDAGTF) geschaffen. Die zu finanzierenden Maßnahmen werden in dem jährlichen „Technical Assistance Plan“ festgelegt. Für 2005 sind Ausgaben in Höhe von rd. 24 Mio. SFr (rd. € 15, 4 Mio.) geplant. Hauptdiskussionpunkte sind derzeit eine verstärkte Orientierung der WTO-Unterstützung am tatsächlichen Bedarf der EL („needs assessment“), die Kosteneffizienz und die Frage eines „Outsourcing“ an andere Internationale Organisationen.

Deutscher Beitrag: 2002 bis 2004 wurden aus deutschen Haushaltsmitteln (BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, BMZ) zusammen ca. € 2,2 Mio in den DDAGTF eingezahlt (inkl. € 0,77 Mio. in 2004). 2005 stehen € 1,7 Mio. zur Verfügung, 2006 € 1,65 Mio. Die bilaterale deutsche handelsbezogene Entwicklungszusammenarbeit belief sich in 2001 und 2002 auf jährlich rd. € 75 Mio, im Jahr 2003 betrug sie rd. € 85 Mio. Daneben finanziert D (BMWA) als zweitgrößter WTO-Beitragszahler (2005: 14,9 Mio. Schweizer Franken) die TZ der WTO entsprechend mit.